

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Benno Zierer

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Rosi Steinberger

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Florian von Brunn

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13948 und 17/13949)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13776 mit 17/13787)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13725 mit 17/13737)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13950 mit 17/13964)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 17/13782, 17/13785 und 17/13786 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN soll in einfacher Form abgestimmt werden. Ich eröffne die Aussprache und darf als erstem Redner Herrn Kollegen Bachhuber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Nach den nun eingehenden Beratungen der Einzelpläne 03, 04, 05, 15, 07 und 08 über mittlerweile elf

Stunden hinweg darf ich Ihnen sozusagen als Nachspeise das Sahnehäubchen, den Einzelplan 12 präsentieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bist du das Sahnehäubchen?)

Der Einzelplan 12 ist ein ganz gelungenes Werk, das sich sehen lassen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Nicht ganz!)

Das habe ich schon als Berichterstatter im Haushaltsausschuss bei den intensiven Beratungen feststellen können. Lieber Kollege Halbleib, du bist ja leider nicht mehr im Ausschuss, sonst hättest du dir jetzt die Zwischenrufe gespart.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn du "leider" sagst, ist es gut!)

Angesichts der bekannten großen Herausforderungen für den gesamten Staatshaushalt bin ich fest davon überzeugt, dass die Belange des Umwelt- und Verbraucherschutzes mit diesem Einzelplan bestmöglich berücksichtigt werden. Das Ausgabevolumen steigt im eingebrachten Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 gegenüber dem Nachtragshaushalt von 2016 von rund 868 Millionen Euro um 14,2 Millionen Euro auf 882,4 Millionen. Das sind 1,7 % mehr als 2016. 2018 steigt das Volumen gegenüber 2017 um weitere 20,3 Millionen auf 902,7 Millionen. Das ist eine weitere Steigerung um 2,3 %.

Die Investitionsquote des Einzelplans 12 ist weiterhin erfreulich hoch. Sie beträgt 2017 rund 30,9 % und 2018 30,5 %. Dieser hohe Wert – im Vergleich dazu beträgt die Investitionsquote im Gesamthaushalt etwa 12 % – ist nicht zuletzt den Hochwasserschutzaktivitäten der bayerischen Wasserwirtschaft zuzuschreiben. Die von uns bereitgestellten Mittel für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger sind meines Erachtens bestens angelegt.

Hohes Haus, wie immer hatte die Opposition im Haushaltsausschuss höhere Steigerungen bei den einzelnen Ansätzen gefordert. Das ist aus meiner Sicht manchmal

mehr, aber auch manchmal weniger sinnvoll. Aber auch da, wo Steigerungen wünschenswert wären, müssen wir ehrlich genug sein und anerkennen, dass uns die finanzpolitischen Rahmenbedingungen gewisse Grenzen setzen. Staatsminister Brunner hat gerade erklärt: Alles ist gut, aber es könnte immer noch ein bisschen mehr sein. Das gilt auch für diesen Haushalt.

Die CSU-Fraktion hat dort, wo sie es für sinnvoll und machbar hielt, an einigen Stellschrauben gedreht. Zwei Änderungsanträge zugunsten von Erhöhungen für die Landschaftspflege und für die Naturparkvereine sowie die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen wurden vom Haushaltsausschuss befürwortet. Insgesamt erhöht sich das Volumen des Einzelplans 12 gegenüber dem Entwurf der Staatsregierung dadurch im Jahr 2017 um 1,2 Millionen Euro. Die Mehrung im Doppelhaushalt 2017/2018 dient vor allem dem Hochwasserschutz, insbesondere dem Schutz gegen Sturzfluten, dem Naturschutz und der Landschaftspflege sowie der Umsetzung des Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 der Bayerischen Staatsregierung.

Darüber hinaus ermöglicht die Mehrung im Doppelhaushalt die Schaffung einer neuen Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und die damit verbundene Etablierung neuer, moderner Untersuchungsmethoden beim Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Auch im Bereich Verbraucherschutz und Verbraucherinformation gibt es eine Mittelerhöhung.

Ich möchte auf einige wichtige Punkte näher eingehen. – Die Investitionen in den Hochwasserschutz können auch unter Nutzung der Mittel der EU, des Bundes und Dritter sowie der Abwasserabgabe mit – unverändert hohen – 150 Millionen Euro pro Jahr weitergeführt werden. Wegfallende EU-Mittel in diesem Bereich konnten durch Umschichtungen kompensiert werden. Zusätzlich stehen jährlich 35 Millionen Euro für Baumaßnahmen im Rahmen des Sonderprogramms zum Hochwasserschutz an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Als Konsequenz aus den Sturzfluthochwasserkatastrophen im Mai und im Juni 2016 werden die Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen im Jahr 2017 um 5 Millionen Euro und im Jahr 2018 um weitere 2 Millionen Euro erhöht. Zudem werden im Bereich des Hochwasserschutzes 30 neue Stellen geschaffen.

Für Natur- und Landschaftsschutz stehen im Jahr 2017 zusätzlich 9 Millionen Euro im Vergleich zum Jahr 2016 bereit; im Jahr 2018 werden es 8,5 Millionen Euro mehr sein. Das sind insgesamt 17,5 Millionen Euro mehr als bisher. Was bedeutet das konkret? – 10 Millionen Euro mehr für das Vertragsnaturschutzprogramm,

(Beifall bei der CSU)

3,5 Millionen Euro mehr für das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030, 2,5 Millionen Euro mehr für die Förderung von Naturparkvereinen,

(Beifall bei der CSU)

1,5 Millionen Euro mehr für die Förderung von Landschaftspflegemaßnahmen.

Für die Sanierung der Niedermoore – in diesem Zusammenhang hatte Frau Sengl etwas zu monieren – und die Moorrenaturierung stehen im neuen Doppelhaushalt 4,3 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen hat meine Fraktion, die Regierungsfraktion, zusätzlich 200.000 Euro im Jahr 2017 vorgesehen. Für Aufbau und Betrieb der neuen Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen werden 1,5 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2017 und 600.000 Euro im Haushaltsjahr 2018 bereitgestellt. Zudem werden in diesem Bereich 70 neue Stellen geschaffen. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit erhält in diesem Zusammenhang jährlich 1 Million Euro zur Etablierung neuer, moderner Untersuchungsme-

thoden. Das Ausgabevolumen für Verbraucherschutz und Verbraucherinformation steigt gegenüber dem Nachtragshaushalt ebenfalls – um 200.000 Euro – an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Staatsministerin, ich gratuliere zu diesem Doppelhaushalt. Wie eingangs schon gesagt, kann sich dieses Werk sehen lassen. Es braucht keinen Vergleich mit einem anderen Bundesland zu scheuen.

(Beifall bei der CSU)

Es berücksichtigt bestens die Belange des Umwelt- und Verbraucherschutzes und trägt mit Sicherheit dazu bei, dass Bayern noch lebenswerter wird. Ich kann dem Hohen Haus nur empfehlen, dem Einzelplan 12 zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Biedefeld das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich wiederhole hier in leicht abgeänderter Form meine Aussagen aus dem Haushaltsausschuss zur Beratung des Einzelplans 12.

Ich beginne heute nicht mit der Frage, wie zufrieden Sie als zuständige Ministerin mit Ihrem Haushalt sind, sondern mit einer Feststellung: Nein, mit diesem Haushalt können Sie eigentlich nicht zufrieden sein. Zumindest sehen wir das so. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, wäre ich auch nicht zufrieden – nicht mit der bisherigen Bilanz nach etwas über drei Jahren im Amt, schon gar nicht mit dem Einzelplan 12 des vorliegenden Entwurfs des Doppelhaushalts 2017/2018. Dieser verbessert die Bilanz nämlich nicht. Für uns ist es nicht ein gelungenes, gar herausragendes Werk, Herr Kollege Bachhuber. Wir sagen: Es ist eher das Gegenteil.

Von der CSU hören wir ständig, die Opposition habe immer Wünsche und wolle für das eine oder andere Projekt mehr Mittel zur Verfügung stellen. Wir sagen: Die Opposition würde manches ganz anders machen. An dieser Stelle rede ich noch gar nicht von mehr Mitteln. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Wie sieht die Bilanz der Bereiche Umwelt und Verbraucherschutz aus, und wie wird mit dem Einzelplan 12 dieses Doppelhaushalts darauf reagiert? Es gab Lebensmittelskandale – übrigens nicht nur Bayern-Ei. Der ORH lässt grüßen.

Das nächste Stichwort lautet Flächenfraß. Der Kollege von der CSU sagte, Bayern brauche den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Von wegen! Bayern ist das Land mit der größten Versiegelung von Flächen. Das geht ohne Ende so weiter.

Ich nenne im Zusammenhang mit der Thematik Flächenfraß die Stichworte Landesentwicklungsprogramm und Anbindegebot. Dazu haben wir von der Umweltministerin bisher kein einziges Wort gehört. Es geht um den Schutz der Umwelt, der Natur, unserer Lebensgrundlagen – kein Wort dazu von Ihnen! Wir machen weiter wie bisher und verstärken die negative Entwicklung durch die Ausgestaltung des LEP.

Eine erschreckende Bilanz zeigt sich in Bezug auf die Rote Liste.

Als weiteres Stichwort nenne ich den Gewässerschutz. Immer mehr Grundwasser ist mit Nitrat belastet, die Grenzwerte werden oft überschritten. Das ist die Situation bei unserem wichtigsten Lebensmittel, unserem Wasser! Die EU hat die Bundesrepublik Deutschland verklagt. Bayern kann und muss sich entsprechend verantwortlich zeigen und einklinken. Wir können nicht tatenlos zusehen; denn als Agrarland trägt Bayern maßgeblich zur Belastung mit Nitraten bei.

Die Wirtschaft ist wichtig; das haben wir schon bei der Beratung des Einzelplans 07 gehört. Aber ohne gesunde Natur und Umwelt – unsere wichtigsten Lebensgrundlagen! – ist auch keine Wirtschaft mehr möglich. Daher darf der Umweltschutz nicht

immer nach hinten wegkippen, wenn es darum geht, ob Maßnahmen für die Wirtschaft oder für die Umwelt auf den Weg gebracht werden sollen. Wir müssen noch mehr als bisher darauf achten, solche Maßnahmen im Einklang von Wirtschaft und Umwelt auf den Weg zu bringen. Die beiden Bereiche schließen sich nicht aus; sie dürfen sich auch nicht ausschließen. Wir sind jedenfalls der Auffassung, dass eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen möglich ist.

(Beifall bei der SPD – Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Vorschläge? – Harald Güller (SPD): Im Ausschuss haben wir ungefähr 10 Änderungsanträge gestellt!)

Ich bin immer noch bei der Bilanz und dem Haushalt. – Was den Naturschutz angeht, so nenne ich nur das Stichwort Riedberger Horn: Wo war, wo ist Ihr hörbares Veto gegen die dortigen Maßnahmen, Frau Staatsministerin? Zumindest nach unserem Eindruck haben Sie Ihre Stimme nicht laut genug erhoben. Sie haben sich jedenfalls nicht durchsetzen können. Wenn wir das Ergebnis sehen, können wir nur sagen: Das ist alles andere als Naturschutz.

Beim Verbraucherschutz gibt es vielleicht ein paar kleine Fortschritte. Aber reichen diese in Anbetracht der Herausforderungen, vor denen wir stehen, aus? Wir meinen, nein.

Hochwasserschutz: Wir in Bayern bekommen immer mehr die Defizite des mangelnden konsequenten Hochwasserschutzes und der mangelnden, völlig unzureichenden Klimapolitik der Staatsregierung zu spüren. Menschen kommen um. Viele verlieren all ihr Hab und Gut. Es wird immer teurer, teurer und noch teurer, weil immer größere Schäden durch Hochwasser, insbesondere durch Sturzfluten, entstehen.

Bleiben wir bei der Bilanz: Ein neuer – dritter – Nationalpark wird von Ministerpräsident Seehofer ausgerufen und verkündet. Die Umweltministerin steht daneben und staunt mehr oder minder Bauklötze ob derartiger Ankündigungen.

In der bayerischen Umweltpolitik wird die Politik der freiwilligen Selbstverpflichtungen, der Pakte – an der "Paktitis" litten schon alle Ihre Vorgänger, speziell wenn ich an Dr. Werner Schnappauf denke – und der repräsentativen Preisverleihungen fortgeführt. Wenn es darüber hinausgeht, dann kommt mal hier und mal dort ein kleines Feigenblatt hinzu. Das ist die Umweltpolitik der Staatsregierung.

Jetzt legen Sie uns diesen Einzelplan des Doppelhaushalts 2017/2018 vor. Viele Ihrer Kabinettskollegen sprachen und sprechen, was deren Ressorts betrifft, von "Rekordhaushalt" und "Rekordsummen". Sie können da in Anbetracht der Zahlen nicht mithalten. Herr Kollege Bachhuber hat eben die Steigerungszahlen angeführt: 2017 plus 1,5 %, 2018 plus 2,4 %. Sie können da nicht mithalten; es sei denn, Sie rechnen und reden alles schön. Das kann man natürlich machen, Kollege Bachhuber. Angesichts der angeblich so hervorragenden Haushaltslage hätte das Umweltressort durchaus stärker profitieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, Sie haben im Haushaltsausschuss ausgeführt, dass der Haushalt aus Ihrer Sicht das Beste für die Natur in Bayern leiste. Das stellen wir groß in Frage. Als leidenschaftliche Umweltpolitikerin und noch leidenschaftlichere Tierschützerin könnte ich allein heute Abend Stunden der Debatte zum Einzelplan 12 bestreiten. Ich will mich aber auf ein paar wenige Themen beschränken, und zwar auf diejenigen, die uns als SPD-Landtagsfraktion besonders am Herzen liegen und die sich selbstverständlich in unseren, den Änderungsanträgen der SPD-Landtagsfraktion niederschlagen.

Thema Umweltstationen – Änderungsantrag auf Drucksache 17/13776. Wir haben 53 Umweltstationen in Bayern. Den Umweltstationen kommt eine ganz wichtige Bedeutung zu. Die Bedeutung der Umweltbildungszentren, wie ich die Umweltstationen auch immer gerne bezeichne, für die Vermittlung von Umweltwissen und Umweltbewusstsein an eine breite Bevölkerungsschicht ist angesichts der modernen Herausforderungen des Klimawandels und der erneuerbaren Energien, aber auch bezüglich

Natur- und Landschaftsschutz bis hin zum Gewässerschutz nicht zu unterschätzen. Es geht um Umweltbildung für alle Menschen in diesem Lande, von Jung bis Alt. Die Umweltstationen leisten wirklich eine gute Arbeit und haben auch eine enorme Breitenwirkung. Genau deshalb will die SPD-Fraktion die Haushaltsmittel für die Errichtung und den Betrieb der Umweltstationen aufgestockt wissen.

Erfreulich ist, dass sich die Umweltstationen in Bayern immer größerer Nachfrage erfreuen. Um aber die Qualität und die Vielfalt der umweltpolitischen Bildungsangebote auch in Zukunft sichern zu können, bedarf es aus unserer Sicht ganz klar eines höheren Mitteleinsatzes. Die von der CSU beantragte und beschlossene Aufstockung der Mittel nur im Jahr 2017 – was passiert eigentlich im Jahr 2018? – um nur 200.000 Euro – für uns sind es "nur" 200.000 Euro – reicht für uns hinten und vorne nicht aus. Doch so viel Geld mehr für 53 bestehende Umweltstationen und zwölf Einrichtungen, die die Anerkennung anstreben? – Ich sage: Das ist nicht ausreichend. Damit kann die Qualität der Arbeit nicht aufrechterhalten werden. Wir befürchten, dass aufgrund der Anerkennung weiterer Umweltstationen – es ist ja gut, dass wir dadurch ein Stück weit noch mehr Flächendeckung in Bayern erreichen – das Stück Kuchen für diejenigen, die dann wirklich arbeiten, immer kleiner wird, wenn die Mittel nicht massiv aufgestockt werden. Sie leisten eine tolle Arbeit. Es ist ganz wichtig, dass Kinder und Jugendliche an den Umwelt- und Naturschutz herangeführt werden.

Diejenigen, die in den Umweltstationen arbeiten, die Vereine, Verbände und Organisationen, die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die Kooperationspartner, wissen, wie knapp das Geld bemessen ist. Sie glauben auch Ihren Aussagen und Ihren Lippenbekenntnissen nicht mehr. Eigentlich können Sie Ihre Lippenbekenntnisse und Ihre Sonntagsreden dazu einstellen.

Zum Thema Verbraucherschutz – unsere Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13777 und 17/13778. Mein Kollege Florian von Brunn fordert zu Recht für die bayerische Verbraucherberatung einen Euro pro Kopf. Das wär's!

(Beifall bei der SPD)

Doch davon sind wir meilenweit entfernt. Dazwischen liegen noch riesige Schluchten. Die Lebensmittelskandale haben zum wiederholten Male aufgezeigt, dass Nachbesserungsbedarf und großer Handlungsbedarf bestehen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Der ORH zeigt dies in seinem Gutachten deutlich auf. Darauf bin ich ja heute Vormittag im Rahmen des Einzelplans 03 A schon eingegangen. Was machen Sie, Frau Ministerin, mit Ihrem Kabinett und mit Ihrer CSU-Mehrheitsfraktion? – Sie ignorieren die Zahlen, Daten und Fakten der Experten und Fachleute.

Zum Bereich des Verbraucherschutzes, der Verbraucherzentralen und des Verbraucherservice Bayern: Auch dort wird eine sehr, sehr professionelle, sehr, sehr gute Arbeit geleistet. Aber auch diese Stellen sind gnadenlos unterfinanziert. Frau Ministerin, Sie wissen, wie dort die finanzielle Situation ist. Vergleichen Sie Bayern beim Verbraucherschutz, bei den Verbraucherzentralen und beim Verbraucherservice doch einmal mit anderen Bundesländern, Herr Kollege Bachhuber.

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Rote Laterne!)

Sie machen dies für diesen Bereich ganz bewusst nicht, weil Sie als Negativbeispiel ganz hinten stehen. Kollege von Brunn sagt: Die rote Laterne. Ziehen Sie doch hier einmal Vergleiche mit anderen Bundesländern. Ich sage Ihnen: Bayern würde diesen Vergleichen nicht standhalten.

Immer mehr Menschen sind verunsichert und brauchen bzw. suchen eine unabhängige, fachlich qualifizierte Beratung. Wir brauchen in Bayern im Verbraucherschutz mehr institutionelle Förderung und mehr unbefristete Stellen, gerade bei Themen, die mit Finanzfragen zu tun haben, mit Finanzgeschäften und Telekommunikation, mit Online-Geschäften, Altersvorsorge etc. Hier werden der Bedarf und die Nachfrage immer größer. Es bedarf fachkundiger und gut qualifizierter Ansprechpartner, die zum Beispiel

auch einmal die Möglichkeit haben – dazu bedarf es auch der Mittel –, sich selbst fort- und weiterzubilden. Aber dafür ist schon gar kein Geld da.

Bislang ist auch für ein Prozesskostenbudget nicht sehr viel Geld da. Darauf zielt ein weiterer Änderungsantrag von uns ab, in dem es auch um die Verbesserung des Verbraucherschutzes geht. Uns geht es um die Verstärkung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern. Wir wollen mit einem Prozesskostenbudget dem zahnlosen Tiger scharfe Zähne verpassen. Wir wollen damit das mit einer Klage verbundene mögliche Risiko zumindest ein Stück weit abfedern, weil bislang einfach die Mittel nicht vorhanden sind, um die eine oder andere, von Fachleuten gut abgewogene Klage überhaupt führen zu können.

Thema Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz – unsere Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13779 und 17/13780. Das ist ein Bereich der Umweltpolitik, in dem wir mit unseren Änderungsanträgen klotzen und nicht kleckern. Sie stocken die Mittel auf – das erkennen wir an –, aber – das muss man auch dazu sagen – aus der globalen Minderausgabe durch Umschichtungen innerhalb des Haushaltes. Da werden Haushälterinnen und Haushälter hellhörig. Beides sind gute Programme. Beide haben bereits Erfolgsgeschichte geschrieben. Wir wollen zu dieser Erfolgsgeschichte gerne Fortsetzungsfolgen schreiben. Das Geld ist hier wirklich doppelt effektiv eingesetzt. Es geht um den Schutz und die Pflege unserer Natur und Kulturlandschaft.

Uns geht es auch um ein weiteres finanzielles Standbein für unsere bäuerliche Landwirtschaft. Unseren Landwirten geht es im Moment nicht sehr gut – ich weiß jetzt nicht, ob trotz oder wegen der CSU. Das weiß ich nicht; das sollen andere beurteilen. Die Fördermittel können also wirklich sehr sinnvoll eingesetzt werden, wenn es um den Zu- und Nebenerwerb unserer Landwirte geht. Auf jeden Fall können sie ökologisch und ökonomisch sinnvoll und effektiv eingesetzt werden. Wir brauchen eine finanziell bessere Ausstattung der Programme für Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz, um unsere ökologisch wertvollen Lebensräume zu erhalten. Ich sage das an die

Christlich-Soziale Union: Es geht um den Erhalt und um den Schutz unserer Schöpfung – christlich-sozial.

Sie haben ihr selbstgestecktes Ziel nicht erreicht. Das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 sieht ausdrücklich die flächendeckende Ausstattung mit Landschaftspflegeverbänden vor, um die Ziele zu erreichen – wir haben 59 an der Zahl. Dazu brauchen wir einen höheren finanziellen Einsatz. Für mehr Landschaftspflegeverbände und für eine gänzliche Abdeckung brauchen wir mehr Mittel. Auch hier darf der Kuchen nicht kleiner werden – ganz im Gegenteil. Durch das Vertragsnaturschutzprogramm werden ökologisch wertvolle Gebiete im Offenlandbereich – Wiesen, Weiden, Äcker, Teiche – gefördert. Aktuell geht es in Bayern um eine Fläche von 2 %. 2 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen werden mit VNP-Maßnahmen bewirtschaftet. Nach Schätzungen des Landesamts für Umweltschutz – LfU – müssten es aber mindestens 6 % sein, um das Artensterben zurückzudrängen und um entsprechende Verbesserungen zu erreichen. Wir brauchen auch hier eine klare Aufstockung der Mittel, um die Maßnahmen auch im Wald und in den Mooren auszuweiten.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, wollen mit dem Antrag auf Drucksache 17/13782 im Interesse einer nachhaltigen und ganzheitlichen Regionalentwicklung eine bessere Mittele Ausstattung für die Naturparks erreichen. Es geht um eine angemessene Ausstattung der Geschäftsstellen mit qualifiziertem Personal. Diesen Geschäftsstellen muss eine positive Weiterentwicklung ermöglicht werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vorher um nichts kümmern, aber jetzt fordern!)

Wie ist es hier mit dem Ländervergleich? – Stellen Sie auch in diesem Bereich einmal den Ländervergleich an. Machen Sie das lieber nicht; denn da schneidet Bayern nicht sehr gut ab. Wir haben auch Anträge zu den Nationalparks gestellt.

Ich möchte aber noch den Punkt des Tierschutzes ansprechen. Wir, die SPD-Fraktion, haben hier nur drei, nur drei, Schwerpunkte für den Tierschutz herausgegriffen. Es gibt nämlich ganz, ganz viele, teilweise uralte und teils riesengroße Baustellen. Bei unse-

ren Anträgen geht es um die Einrichtung eines bayerischen Pilotprojekts zur Förderung des Katzenschutzes. Es geht darum, das massive Katzenelend durch die Förderung der Kastration von freilaufenden Katzen zu minimieren. Es geht um einen Nothilfefonds für außergewöhnliche Ereignisse wie illegale Welpentransporte und Animal Hoarding. Es geht um Zuschüsse für Investitionskosten für Tierschutzvereine bzw. Tierheime. Jedes dritte Tierheim steht vor der Insolvenz, obwohl dort wirklich gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernommen werden. Aber hierfür werden die Tierheime nicht entsprechend entlohnt. Alleine bei unseren bayerischen Tierheimen gibt es, vorsichtig geschätzt, einen Investitionsstau von etwa 10 Millionen Euro. Hier besteht großer Handlungsbedarf. Ich fordere Sie auf: Sorgen Sie endlich dafür, dass mit dem Stillstand beim Tierschutz Schluss ist! Sorgen Sie dafür, dass es endlich einmal ein Stück weit vorangeht! Ich würde es begrüßen, wenn Sie das eine oder andere Argument, wenn nicht im Plenum, dann vielleicht in den Ausschüssen, überzeugen könnte. Es wäre notwendig, dass wir in Bayern bei der Umweltpolitik ein ganzes Stück nach vorne kommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt der Kollege Zierer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schön, dass doch noch eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen anwesend ist. Ein Mehr für den Naturschutz und die Landschaftspflege hört sich zunächst einmal sehr gut an. Uns FREIEN WÄHLERN liegt viel daran, die Akteure zu unterstützen, die in diesem Bereich vorbildliche Arbeit leisten. Diese geben diesem Bereich auch ein Gesicht. Natürlich begrüßen wir es, dass die Mittel für den Vertragsnaturschutz aufgestockt wurden. Wir freuen uns, dass die Naturparks mehr Geld erhalten. Das haben wir schon längst gefordert. Unverständlich ist aber, dass die Landschaftspflegeverbände so stiefmütterlich behandelt werden. Dies ist vor allem unverständlich, wenn ich an die letzte Haushaltsdebatte denke, bei der die CSU-Kollegen Lobeshymnen auf die

Verbände angestimmt haben; sie sind eine bayerische Erfindung, sie sind ein Export-schlager und eine Erfolgsgeschichte. Das ist alles richtig. Trotzdem werden sie nicht ausreichend gewürdigt. Vor zwei Jahren wurden zusätzlich 200.000 Euro eingestellt. Mittlerweile gibt es aber neue, große Landschaftspflegeverbände wie in Landshut oder im Donauries. Außerdem gibt es mittlerweile Geschäftsführer, die gerne mehr tun würden und die die eigenen Projekte gerne auf gesunde Beine stellen würden. Aber das geht nur mit unserer und mit Ihrer Unterstützung. Die Mittel für das Landschaftspflegeprogramm werden gerade einmal um 500.000 Euro aufgestockt. Damit kommt man nicht weit. Unser Änderungsantrag dazu wurde abgelehnt.

Auch wurden unsere Vorschläge, die Umweltbildung im Allgemeinen und die Umweltbildung für Flüchtlinge im Besonderen besser zu unterstützen, abgelehnt. Dabei war es die Umweltministerin, die hier einmal betont hat, dass Umweltbildung eine große Chance für die Integration ist. Wichtig ist, dass den meist jungen Menschen Umwelt- und Naturbewusstsein vermittelt wird. Das bringt auch dann etwas, wenn sie wieder in ihre Heimatländer zurückkehren sollten.

Es wäre auch sinnvoll gewesen, die Mittel für das Freiwillige Ökologische Jahr und gleichzeitig den Landesanteil zu erhöhen. Damit könnten die Träger zusätzliche attraktive Angebote schaffen. Die Nachfrage wäre vorhanden.

Von den insgesamt 40 Änderungsanträgen beschäftigt sich ein Viertel mit der Situation der Tierheime und Tierauffangstationen. Wir haben einen Fonds für Tierschutznotfälle wie illegale Welpentransporte gefordert. Die Gemeinden sollten damit unterstützt werden. Wir haben vieles andere mehr gefordert. Herr von Brunn, unsere Anträge wurden ebenso abgelehnt wie gute Anträge der SPD und der GRÜNEN.

Investitionszuschüsse für Tierheime, wie es sie in anderen Bundesländern gibt, sind längst überfällig. In diesem Bereich gibt es noch großen Handlungsbedarf. Das hat auch eine Expertenanhörung in diesem Haus gezeigt. Tierheime brauchen auch die

Unterstützung der Kommunen, die mit Tierschutznotfällen konfrontiert werden. Aber die Staatsregierung ignoriert das konsequent.

Ein Sonderfall ist die Auffangstation für Reptilien in München, die vom Freistaat bereits einen Zuschuss erhält, weil sie auch staatliche Aufgaben wahrnimmt. Die Probleme mit der Station in der Kaulbachstraße sind bekannt. Seit gestern gibt es die Aussage, dass im Haushalt wenigstens ein Signal gegeben wird. Es gibt das Signal, dass die Staatsregierung, dass unsere Ministerin ernsthaft einen Neubau verfolgt. Das ist auch gut so. Dieser Neubau ist die beste Lösung. Bisher hat das Ministerium keine Alternative präsentiert. Es wird auch keine dazu geben, weder zum Neubau noch zum Standort. Hier freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Die Lebensmittelüberwachung ist in unserem Ausschuss ein Dauerthema. In diesem Jahr ist es sowieso ein Dauerthema, weil die Reformen der Lebensmittelüberwachung anstehen. Im Haushalt stehen für die neue Kontrollbehörde der Lebensmittelsicherheit und für das Veterinärwesen insgesamt etwas über 8 Millionen Euro für beide Jahre zur Verfügung. Als im September der Entwurf vorlag, war darin aufgeführt, wie viele Chemieoberräte und Regierungsamtmänner die Behörde fordert. Es war drin aufgeführt, wie viele Fahrzeuge gekauft und wie viele geleast werden. Jedoch steht überhaupt nicht fest, wie viele Betriebe diese 90 Mitarbeiter kontrollieren sollen. Wir fragen uns schon, ob eine Behörde mit dieser Ausstattung ihre Aufgaben überhaupt erfüllen kann, ohne dass am Ende doch wieder die Kontrolleure der Landratsämter ausrücken müssen, um Amtshilfe zu leisten. Diese sollten ja eigentlich entlastet werden. Frau Ministerin, ein gut gehütetes Geheimnis ist bis heute, warum sich das Ministerium gerade für dieses Organisationsmodell entschieden hat. Aber das passt zu Ihrer Informationspolitik. Man erfährt alles immer nur scheinbarweise und leider oder Gott sei Dank wenigstens aus den Medien. Das war auch so, als Sie auf die Idee gekommen sind, die Lebensmittelkontrolle komplett von den Landratsämtern abzuziehen. Der Aufschrei war groß. Zum Glück haben Sie die Anregungen und die Anträge der FREIEN WÄHLER übernommen und somit das Ganze auf vernünftige Beine gestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sollten in dieser Art und Weise weiter zusammenarbeiten, dann kommen wir im Bereich Umwelt und Naturschutz schneller voran. Ich würde mir wünschen, dass vernünftige Anträge der Opposition – das sind sie ja meistens – in die Arbeit der CSU einfließen, um schneller voranzukommen. Dann muss man nachher nicht jammern, dass das eine oder andere so lange dauert. Das wäre mein Wunsch. Nachdem bald Weihnachten ist, darf ich diesen Wunsch durchaus äußern. Ich hoffe, dass es im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren besser geht. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Dr. Magerl. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das ist, wenn ich richtig gezählt habe, der 13. Doppelhaushalt, den ich hier mitmachen darf.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sieht man dir gar nicht an! – Volkmar Halbleib (SPD): Du hast dich gut gehalten!)

Aber ich muss feststellen: So viel Lob, wie ich heute hier gehört habe, habe ich in den ganzen Vorjahren nie gehört. Ich gebe Ihnen einen guten Rat. Es gibt ein schönes, altes deutsches Sprichwort, das heißt: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man meint, wenn man Sie reden hört, Sie sind mit Ihren Initiativen im Universum und darüber hinaus die Besten. Man muss aber eines sagen: Das ist mitnichten der Fall. Der Umwelthaushalt ist und bleibt in diesem Gesamtkonzert der Einzelpläne bedauer-

licherweise einer der kleinsten Haushalte. Das ist bereits von der Kollegin Biedefeld gesagt worden. Das bedauern wir genauso wie die SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bevor ich versuche, im Rahmen dieser Rede Bilanz zu ziehen, möchte ich mit einem Dank an diejenigen beginnen, die in diesem Bereich tätig sind. Dank gilt durchaus auch den Hauptamtlichen. Aber ein ganz, ganz großer Dank ergeht an die vielen Ehrenamtlichen, die jährlich mit Millionen Arbeitsstunden für Gotteslohn – in der Stunde 60 Minuten, am Abend das Licht umsonst – unterwegs sind und schauen, dass Bayern bei Natur- und Umweltschutz noch einigermaßen ein Gesicht behält.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie sind in den großen Verbänden Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz, aber auch in vielen kleinen naturwissenschaftlichen Vereinigungen, in der Ornithologischen Gesellschaft, in den Landschaftspflegeverbänden usw. vertreten. Diesen Mitarbeitern gebührt wirklich Dank. Ich könnte noch viele Beispiele aufzählen. Ohne sie wäre Bayern wesentlich ärmer dran. Wenn wir beispielsweise bei den Kartierarbeiten und den Untersuchungen der Populationsentwicklungen die Ehrenamtlichen nicht hätten, wäre das Ministerium auf diesem Gebiet blind; denn es hätte keine Daten, da es selbst nicht in der Lage ist, diese Daten zu erheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben sowohl zu den Kartierungen als auch zum Schutz gewisser Lebensräume Anträge gestellt. Mit Blick auf die Biodiversität wird deutlich: In keinem anderen Bereich stehen wir so blank und so schlecht da. Als Biologe, der seit 1973 selbst Kartierungen erstellt, anfangs für die Vogelwarte in Garmisch, habe ich einen Überblick.

Wer in die neue Rote Liste der Vögel Bayerns schaut, stellt fest: Trotz fast 30 Jahren Wiesenbrüter-Programm ist es der CSU-Staatsregierung nicht gelungen, unsere Wiesenbrüter zu schützen. Bekassine, Braunkehlchen, Großer Brachvogel, Uferschnepfe,

Wiesenpieper, Grauammer, sie alle sind vom Aussterben bedroht und stehen mittlerweile in der Roten Liste 1. Mit dem Kiebitz und dem Wachtelkönig stehen zwei weitere, vom Aussterben bedrohte Vögel in der Roten Liste 2. Es gibt keine einzige Art Wiesenbrüter mehr, die nicht mehr oder weniger stark gefährdet ist.

Sie sollten in Bezug auf die Freiwilligkeit und das Ordnungsrecht Ihr Credo und die Monstranz, die Sie vor sich hertragen, einmal hinterfragen, ob es in dem Bereich nicht fünf oder eins vor Zwölf ist und ob neben dem Wiesenbrüter-Programm nicht ordnungsrechtliche Maßnahmen dringendst erforderlich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die neue Rote Liste zeigt einen weiteren Bereich der Biodiversität. Die Allerweltsarten verschwinden aus dem Offenland. Das ist eine Katastrophe und ein Offenbarungseid. Früher allgegenwärtige Arten wie Feldlerche, Gelbspötter und Kuckuck verschwinden langsam und kommen auf die Rote Liste. Selbst unseren Untermietern wie den in Häusern wohnenden Mehlschwalben und Rauchschnalben, die mit uns über Jahrhunderte zusammengelebt haben, haben wir gekündigt. Auch sie stehen jetzt auf der Roten Liste. Das kann es nicht sein. Hier ist nicht nur ein Umdenken, sondern ein völlig neues Handeln notwendig. Wenn wir zum Schutz der Biodiversität unseren regionalen, nationalen und internationalen Aufgaben nachkommen wollen, dann brauchen wir mehr Geld, aber auch deutlich mehr ordnungsrechtliche Regelungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir haben gestern gehört: Bayern blüht. Wer aber die Rote Liste der Gefäßpflanzen und draußen die Fläche anschaut, stellt fest: Beim Vergleich mit den Pflanzen, die vor 40 Jahren auf den Wiesen, an Feld- und Waldrändern geblüht haben, wird deutlich, dass nicht mehr viel blüht. Das, was eigentlich blühen sollte, ist totgespritzt, gedüngt und somit weg. In diesem Land mag einiges blühen, aber auf den Wiesen blüht bedauerlicherweise nicht mehr viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Stichwort Flächenverbrauch, weil dieses Thema hierher gehört: Es ist uns – in Anführungszeichen – "gelungen", im letzten Jahr den Flächenverbrauch wieder um 20 % zu steigern. Auch die neue Statistik zeigt diesen Offenbarungseid. Aber was macht die CSU bei der Änderung des Bundesbaugesetzes? – Der Herr Abgeordnete Nüsslein, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, fügt einen Passus ein, wonach das Bauen im Außenbereich deutlich erleichtert wird. Das ist ein völlig falsches Signal. Pfeifen Sie diesen Mann zurück; denn das würde zu deutlich mehr Flächenverbrauch führen, als es ohnehin schon der Fall ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zum nächsten Punkt, dem Moorschutz. Wir haben auch zu diesem Gebiet einen Antrag gestellt. Moore sind der beste und billigste CO₂-Speicher, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Auch hierfür müssen wir dringend mehr Geld in die Hand nehmen; denn in den letzten Jahren stieg in Bayern der CO₂-Ausstoß pro Kopf wieder. Herr Söder hat kurz vor Cancún den Ausstoß so hinrechnen lassen, dass er gerade noch auf 5,99 Tonnen pro Einwohner und Jahr gekommen ist, um sich feiern zu lassen. Mittlerweile liegen wir wieder deutlich über 6 Tonnen. Daher ist in Bezug auf den Moorschutz, aber auch in Bezug auf den Verkehr mit einem Anteil von 40 % an Kohlendioxid ausstoß ein Umdenken notwendig. Insofern müssen wir andere Wege einschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CSU, Hohes Haus, ich komme zum Schluss: Broschüren sind genug geschrieben. Lassen Sie uns endlich Taten sehen, Frau Ministerin!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Hünnerkopf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin Ulrike Scharf, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will trotzdem so anfangen: Wir freuen uns über Parteigrenzen hinweg, wenn wir von Umfrageergebnissen erfahren, dass die Menschen gerne in Bayern leben, weil ihnen Natur und Landschaft gefallen, weil sie sich in dieser schönen Kulturlandschaft zu Hause fühlen und/oder weil der Aufenthalt in einer so schön empfundenen Natur natürlich erholsam und erbaulich ist.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das sind Fakten. Die Anzahl der Menschen, die diese Auffassung vertreten, geht an die 100 %.

Sicher sind auch viele Ehrenamtliche in der Landschaft tätig. In erster Linie sind es jedoch unsere Landwirte, die die Landschaft nicht nur nutzen, sondern auch erhalten, gestalten und, wenn man so will, auch pflegen. Über den Agrarhaushalt haben wir erfahren, welche Beiträge über das KULAP geleistet werden. Sie tragen dazu bei, dass die Landwirte nicht die ganze Fläche intensiv nutzen, sondern ihre Flächen in einem hohen Maße extensiver bewirtschaften, um Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Inzwischen werden diese Leistungen mit 260 Millionen Euro jährlich honoriert. Jeder zweite Landwirt macht mit, und es wird ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bayerns erreicht. Das ist in meinen Augen ein großer Erfolg. Ich bin unseren Landwirten wirklich dankbar, dass sie mitziehen.

(Beifall bei der CSU)

Nachdem sich der Kollege Martin Bachhuber den Einzelplan 12 schon sehr detailliert vorgenommen hat, möchte ich mich nur auf den Vertragsnaturschutz und die Landschaftspflege beschränken. Selbstverständlich kann man in der Kürze der Zeit nicht alles anschneiden.

Ich bin froh, dass wir es anders machen. Unser bayerischer Weg ist nach wie vor der kooperative Naturschutz mit dem Ansatz: Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation statt Ordnungsrecht. Meine Damen und Herren, wir sind erfolgreich, auch wenn es in vielen Bereichen finanziell auch etwas mehr geben könnte. Das müssen wir als Fachpolitiker immer wieder feststellen. Das ist klar. Wir Umweltpolitiker stehen zu allen Bereichen, die wir mit unseren finanziellen Mitteln abdecken müssen. Damit stehen wir auch zu der Struktur unseres Haushalts. Wir sind – das hat Martin Bachhuber schon gesagt – zufrieden mit der jetzigen Situation.

(Beifall bei der CSU)

Der Erhalt und die Pflege der einzigartigen Landschaft in Bayern, die das Wesen des Landes prägt, war und bleibt der Grundpfeiler unserer Politik. Das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030, das von der Staatsregierung beschlossen worden ist, zeigt auf, wie mit diesem kooperativen Ansatz die Vielfalt unserer Landschaft erhalten werden kann. Deshalb haben wir den Mittelansatz für das Jahr 2017 um 1,5 Millionen Euro und für das Jahr 2018 um weitere 500.000 Euro erhöht.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Anmerkungen zum Vertragsnaturschutz machen. Für den Vertragsnaturschutz mit Erschwernisausgleich und für den Vertragsnaturschutz Wald haben wir bisher rund 40 Millionen Euro an Landes- und EU-Mitteln aufgewendet. Im Doppelhaushalt 2017/2018 erfolgt eine Aufstockung – das haben wir schon gehört – um insgesamt 10 Millionen Euro. Das sind pro Jahr 5 Millionen Euro mehr. Mit den zusätzlichen 5 Millionen Euro können wir – ich sage Gott sei Dank – Vertragsneuabschlüsse in größerem Umfang tätigen. Außerdem können weitere Landwirte und Maßnahmen in das Programm aufgenommen werden.

Die überwiegende Zahl von Vereinbarungen im Vertragsnaturschutz wird für Wiesen abgeschlossen. Im Jahr 2016 sind fast 53.000 Hektar mit einem Prämienvolumen von 29 Millionen Euro unter Vertrag genommen worden. Das entspricht rund 78 % der Gesamtausgaben. Außerdem gibt es weitere Verträge auch für die Milchviehbetriebe im

Alpenvorland. Das ist wichtig für die Almen und die Alpen. Diese Verträge umfassen noch einmal 22.700 Hektar mit einem Prämienvolumen von 5,6 Millionen Euro. Das ist positiv und sollte hoch angerechnet werden. Das hat nämlich einen Nebeneffekt: Durch diese Extensivierungsmaßnahmen im Vertragsnaturschutz kommt nicht nur Geld in die Kassen der Landwirte, sondern auf diese Weise kann auch das Überangebot an Milch etwas abgebaut und damit der Markt entlastet werden. Heute haben wir schon gehört, dass in der Landwirtschaft in den letzten Jahren nicht unbedingt viel Gewinn erzielt werden konnte. Ich bin dankbar dafür, dass auch für den Vertragsnaturschutz wieder Verträge abgeschlossen werden können. Wir wissen, dass in den letzten Jahren sehr viele Vorhaben haben storniert werden müssen. Auch hier geht es weiter.

Ich komme zum Thema Landespflege. Zur weiteren Optimierung des kooperativen Ansatzes der bayerischen Naturschutzpolitik sollen die Landschaftspflegeverbände und die Naturparke in Bayern gestärkt und weiter ausgebaut werden. Das wird Schritt für Schritt erfolgen mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Die Förderung der Landschaftspflege flankiert effektiv den Vertragsnaturschutz mit investiven Maßnahmen, beispielsweise der Neupflanzung von Hecken, der Anlage von Feuchtbiotopen oder Entbuschungsmaßnahmen von Magerrasen usw.

Im Rahmen der Umsetzung der Landschaftspflege und der Naturparkrichtlinien wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 2.500 Maßnahmen durchgeführt bei einem Mittelvolumen von rund 15 Millionen Euro. Ich denke, das ist anerkennenswert. Das führt dazu, dass wir unsere Vorhaben besser umsetzen können. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt überwiegend durch die bayerischen Landschaftspflegeverbände. Wir wissen, dass wir das Ziel noch nicht erreicht haben. Derzeit sind es 59 Verbände. Es sollen weitere gegründet werden. Wir wissen auch, dass mit einer Erweiterung die Kuchenstücke nicht unbedingt kleiner werden sollen. Sie sollten weiter arbeiten können. Es wird eine Anstrengung sein, die Mittel entsprechend zu erhöhen. Das ist ganz klar.

Meine Damen und Herren, wir haben die eingesetzten Fördermittel für die Landschaftspflegeverbände mit den Maßnahmen, die wir durch den Änderungsantrag der CSU erreicht haben, um eine Millionen Euro zusätzlich im Jahr 2017 und noch einmal um 500.000 Euro im Jahr 2018 erhöht. Das ist eine Steigerung, die sich auch bemerkbar machen wird. Unsere Landschaftspflegeverbände sind – das wissen wir alle zu schätzen – hervorragende Einrichtungen, weil die Vertreter der Naturschutzverbände, die Kommunen und die Landwirtschaft segensreich zusammenwirken.

Damit komme ich zu meinem nächsten Thema, nämlich zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Dort sind wir noch nicht am Ende dessen, was wir leisten müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich jedoch anmerken, dass wir beim kooperativen Umweltschutz nicht die apodiktische Legislative nutzen. Stattdessen arbeiten wir mit der Freiwilligkeit. In Verbindung mit anderen Maßnahmen, beispielsweise mit den Greening-Förderungen, haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Die Lücken entlang der Gewässer konnten weiter geschlossen werden.

Geschätzter Kollege Christian Magerl, wir müssen aber auch konstatieren, dass wir nicht an jedem laufenden Meter etwas tun können. Es gibt an unseren Fließgewässern lange Abschnitte, an denen wir wegen einer Bebauung nicht groß etwas machen können. Wir sind hier mit Sicherheit im Soll. Mit den nötigen Maßnahmen werden wir entsprechend vorankommen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem Umfang von jährlich 150 Millionen Euro zu erheblichen Fortschritten führen werden. Seit einiger Zeit sind wir mit Niederschlägen konfrontiert, die wir uns früher nicht vorstellen konnten. Hier ist nicht nur die "Insel Bayern", sondern der gesamte Bund gefordert. Die drei Säulen, mit denen wir arbeiten, nämlich der ökologische Gewässerschutz, der technische Gewässerschutz und die vorbeugenden Maßnahmen, sind die drei Optionen. Dessen sind wir uns bewusst.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Einzelplan 12 unseres Haushalts ist ausgewogen. Die Steigerung um 1,7 und 2,4 % sehen wir als wesentlichen Fortschritt an. Wir wissen, dass wir die Decke noch nicht erreicht haben. Die Umweltpolitiker unserer Fraktion werden dies auch anmahnen und schauen, wie wir hier weiterkommen.

Daher möchte ich noch einmal feststellen: Wir sind für Partnerschaft und für Kooperation. Das wird unser Credo bleiben. Das Nachsteuern über ein Gesetz ist für uns der letzte Weg und die letzte Möglichkeit. Von dieser Möglichkeit wollen wir nicht allzu schnell Gebrauch machen. Wir bitten Sie um Zustimmung zu unserem Einzelplan 12 sowie zu den beiden Änderungsanträgen, die von der Fraktion der CSU eingereicht worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung: Herr Kollege Scheuenstuhl. Bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, Herrn Kollegen Magerl schätzen wir alle. Er hat heute gesagt, wie schlecht es um die Natur bestellt ist und die Tiere und Pflanzen benannt, deren Bestand immer weiter zurückgeht. Ich frage Sie deshalb, ob Sie das, was Sie gesagt haben, tatsächlich ernst meinen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Von Ihnen als Fachmann hätte ich erwartet, dass Sie Herrn Dr. Magerl widerlegen und jedes einzelne Blümelchen, jedes einzelne Krabbeltier und jeden einzelnen Schmetterling nennen, deren Bestand in Bayern zunimmt, selbstverständlich auch jeden einzelnen Vogel. Was machen Sie? – Sie sagen, es sei alles in Ordnung, alles paletti. Es tut mir leid, hier haben Sie den falschen Ton getroffen. Ihre Aussage, dass die Freiwilligkeit vor Ordnungsmaßnahmen gehe, ist gut und schön. Ich frage Sie dann aber, wie lange Sie noch warten wollen. Sie kennen doch die Diskussion um die Wasserrahmenrichtlinie. Wann wollen Sie etwas tun?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben behauptet, dass ein Drittel der Landesfläche im KULAP enthalten sei. Ich bezweifle das. Vielleicht können Sie das noch einmal erklären. Das kann nicht stimmen. Vielleicht sehen Sie noch einmal in Ihren Unterlagen nach. Das würde ja bedeuten, dass fast ein Drittel der bayerischen Fläche von diesem Programm profitieren würde.

Das Versagen bei der Wasserrahmenrichtlinie haben Sie schön umschrieben. Sie hätten eigentlich bis zum Jahr 2015 schon alles erledigen müssen. Wo sind die Mittel dafür? Wieviel Geld haben Sie bereitgestellt? Warum haben diese Mittel nicht zum Erfolg geführt? Dann müssten Sie nämlich nicht jeden Meter eines Ufers ökologisch neu aufbauen. Sie haben noch genügend Platz, wo Sie das Geld sinnvoll einsetzen können.

Was mich ebenfalls stört, sind die Themen Sturzfluten und Hochwasser. Glauben Sie wirklich, dass man das Glück haben muss, in einer Gemeinde zu leben, die sich den Hochwasserschutz leisten kann? Ich sage: Der Hochwasserschutz nach Kassenlage muss aufhören! Jeder Mensch in Bayern muss überall gleich sicher sein!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, ich versuche jetzt einmal, die einzelnen Anmerkungen abzuarbeiten. Wir haben in Bayern viele Arten, die sich so prächtig entwickelt haben, dass wir inzwischen schon wieder Probleme mit ihnen haben.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das nützt dem Brachvogel nichts!)

– Ja, das nützt dem Brachvogel nichts. Aus meinem Heimatort kann ich aber das Beispiel der Wiesenweihe nennen. Die Wiesenweihe steht am Ende der Nahrungskette; das müsste auch mein Kollege Dr. Magerl wissen. Die Wiesenweihe kann sich nicht

allein von Luft und Gras ernähren, sondern sie greift auch kleine Singvögel und dergleichen. Hier müssen wir die Zusammenhänge herstellen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch längst alles hergestellt!)

– Ich bin mir nicht sicher, dass da alles so hergestellt ist. Als weiteres Beispiel nenne ich die Mehlschwalbe. Früher gab es in jedem Dorf 20 landwirtschaftliche Betriebe mit Kuhhaltung, da war die Situation anders als heute.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihre Agrarpolitik hat das kaputt gemacht!)

– Herr Kollege Aiwanger, wir sind doch nicht so blauäugig, zu glauben, wir könnten die Zeit wieder in die Fünfzigerjahre zurückdrehen. Da gibt es knallharte Fakten, die nicht nur die Staatsregierung, sondern die auch Sie nicht ändern können.

Des Weiteren wurde die Wasserrahmenrichtlinie angesprochen. Das Stichwort "Hochwasserschutz nach Kassenlage" kennen wir schon. Das haben wir schon sehr oft gehört. Die Staatsregierung nimmt sehr viel Geld in die Hand. Aber man kann alles übertreiben. Sind denn 150 Millionen Euro pro Jahr nichts? Wir müssen erst einmal sehen, dass alle Maßnahmen umgesetzt werden.

(Beifall bei der CSU)

In meinem Gäu sind die Vorbereitungen getroffen worden. Das Hochwasserschutzkonzept ist erstellt; jetzt muss es sukzessive umgesetzt werden. Wir können das nicht mit einem Zauberspruch von heute auf morgen erreichen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Eine Gemeinde kann es sich leisten, die andere nicht!)

– Das sind plakative Aussagen. Die Staatsregierung hat in Bayern noch nie eine Gemeinde völlig im Regen stehen lassen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sonderzuweisungen!)

Es hat immer wieder Lösungen gegeben. So extrem, wie Sie das darstellen, ist es nicht. Das soll als Antwort genügen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Kraus. Bitte schön, Herr Kollege.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, wertee Präsidiuim, werte Anwesende vom Ministerium, Frau Ministerin für Umwelt und Verbraucherschutz! Das Ministerium trägt einen Doppelnamen. Ich möchte jetzt ein paar Fakten zum Verbraucherschutz liefern, weil es mir so vorkommt, dass von den 90 Minuten Redezeit geschätzte 70 Minuten für die Umwelt verwendet worden sind. An den Summen sieht man, wie hoch das Thema Verbraucherschutz im bayerischen Haushalt bewertet wird.

Heute wurde schon den Umweltschutzverbänden gedankt. Ich möchte mich jetzt bei den zwei großen Verbraucherschutzverbänden, nämlich bei der Verbraucherzentrale Bayern und beim VerbraucherService Bayern, bedanken.

(Florian von Brunn (SPD): Die kriegen viel Geld vom Bund!)

Diese beiden Verbände sind wichtige Einrichtungen. Sie leisten in unserem Land eine wirklich gute Arbeit. Für unsere Einwohner sind sie bei größeren und kleineren Problemen wichtige Ansprechpartner.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Da diese Verbände eine gute Arbeit leisten, brauchen sie auch gutes Geld, damit sie diese gute Arbeit leisten können. Wir haben die Summen gehört: Der Haushalt für das Jahr 2017 umfasst gute 880 Millionen Euro, der Haushalt für das Jahr 2018 gute 900 Millionen Euro. Somit reden wir gerade über einen der kleineren Einzelpläne. Dabei ist doch das Thema Verbraucherschutz so wichtig, dass es jeden von uns betrifft und angeht. Wir sind gewählte Vertreter des bayerischen Volkes. Unsere Aufgabe

ist es, unsere Bevölkerung zu schützen. Leider sind in Bayern viele Betrüger unterwegs, die unsere Leute nur abzocken und um ihr eigenes Geld bringen wollen.

Wir schützen die Bürger durch eine gezielte Verbraucherberatung, die auch finanziert wird, wie das richtigerweise gesagt worden ist. Aus der Sicht der FREIEN WÄHLER besteht hier aber durchaus noch Luft nach oben. Wir könnten wirklich noch mehr Geld in den Haushalt einstellen. Alle unsere Forderungen waren durchaus moderat. Das werden die Haushälter bestätigen können. Leider sind alle unsere moderaten Forderungen in den Ausschüssen, besonders im Haushaltsausschuss, mit diversen Begründungen abgelehnt worden.

Ein Beispiel ist die Finanzberatung. Wir wissen: In einer Zeit mit Nullzinsen oder teilweise sogar Negativzinsen ist es für sehr viele Leute ganz wichtig, dass sie eine unabhängige Beratung bekommen; denn bei den Banken und bei anderen Dienstleistern, die hauptberuflich beraten, ist die Beratung oft mit einer Provision verbunden. Es kann nicht in unserem Sinne sein, dass Leute betrogen werden, wenn sie irgendwelche Papiergeldanlagen machen. Das gilt auch bei Immobilien. In diese Anlageform flüchten sich viele, weil sie meinen, sie ist momentan ein bisschen stabiler. Wenn man mit den Verbraucherverbänden spricht, hört man, dass Wartezeiten von einigen Monaten durchaus keine Einzelfälle sind. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

Es sind Zahlen genannt worden. Die Steigerungen im Haushalt des Ministeriums betragen 1,5 % und 2,4 %. Ich vergleiche diese Angaben mit der Rentensteigerung. Wenn ein langjähriger Abgeordneter 2 % Rentenerhöhung bekommt, kann er mit diesem zusätzlichen Geld durchaus etwas anfangen. Für einen Rentner, der eine Rente von vielleicht 300 oder 400 Euro bekommt, ist eine Erhöhung um 1,5 % oder 2,4 % aber eine weniger als marginale Erhöhung. Deswegen stellen wir nach wie vor unsere Anträge zur Stärkung der Verbraucherberatung. Das ist gut für uns und für die Verbraucher.

Wie ich im Protokoll nachgelesen habe, ist es genau zwei Jahre und vier Tage her, dass ich die Ministerin gelobt habe. Ich habe ihr einen breiten Buckel und ein dickes Fell gewünscht und ihr die Daumen gedrückt, dass sie bei der Haltung zur dritten Startbahn bleibt, die sie oft in der Presse kommuniziert, sprich: Die Frau Umweltministerin ist gegen die dritte Startbahn. Das ist natürlich ganz in unserem Sinne. Wenn man die dritte Startbahn verhindert, ist das Verbraucherschutz pur. Das ist ganz wichtig für unser zukünftiges Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Kollege Zierer hat gesagt, dass eine Pressemitteilung herausgegeben worden ist, derzufolge die Ministerin sich mittlerweile wieder ein bisschen um den Welpenhandel kümmert. Was ich darin gelesen habe, war ganz nett. Die Überschrift von dieser Kampagne lautet: "Vernunft statt Mitleid". Bei "Vernunft" schaue ich jetzt auf die von mir aus rechte Seite. Vernünftig wäre, dass wir die dritte Startbahn endlich beerdigen. Das wäre Vernunft pur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Seid S' doch einmal vernünftig!)

Ich kann nur dazu aufrufen, hier vernünftig zu sein.

"Vernunft statt Mitleid": Zu "Mitleid" fällt mir nur ein, dass ihr mit der FMG, also mit der Flughafen München GmbH, Mitleid habt, oder vielleicht mit dem Herrn Kerkloh, der unbedingt diese dritte Startbahn braucht.

Vernunft ist auch bei CETA gefragt. CETA und TTIP sind heute schon angesprochen worden. TTIP ist momentan fast weg. Aber CETA kann durchaus noch ein Problem für uns werden. Vernünftig ist, wenn wir es verhindern und dann ein Siegel für den Verbraucherschutz in Bayern einführen. Das wäre gar keine so schlechte Zukunft. Natürlich wäre es schön, wenn mehr Gelder eingestellt werden. So viel jetzt zu später Stunde von mir zum Thema Verbraucherschutz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Steinberger das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Lieber Kollege Hünnerkopf, ein Satz, den Sie als Umweltpolitiker gesagt haben, hat mich schon ein bisschen erschreckt. Sie haben nämlich gesagt: Wir sind zufrieden mit der jetzigen Situation. – Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube, Sie haben gar nicht bei dem zugehört, was mein Kollege Christian Magerl gerade aufgezählt hat. Man kann vielleicht aus der Sicht der Landwirte mit der jetzigen Situation zufrieden sein; aus der Sicht von Natur- und Umweltschützern können wir auf keinen Fall mit der jetzigen Situation zufrieden sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Erklärung dafür, dass die Zahl der vielen Singvögel abnimmt, sagen Sie, die Wiesenweihe habe sie alle gefressen. Das heißt für mich schon, dass Sie von ökologischen Zusammenhängen nicht viel Ahnung haben oder zumindest diese gut verbergen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zurück zum Verbraucherschutz. Dabei möchte ich gerne der Frau Ministerin ein Kompliment aussprechen, weil es ihr gelungen ist, im Haushalt 70 neue Stellen für die Lebensmittelkontrolle einzustellen. Wir finden das sehr gut und positiv. Ob die 70 Stellen ausreichen, wissen wir auch nicht so genau. Darauf komme ich später noch mal.

Aber was wird denn mit diesen 70 Stellen gemacht? Werden diese 70 Stellen tatsächlich effizient eingesetzt? – Wir sind der Meinung: Das ist nicht der Fall; denn Sie schaffen eine neue Struktur. Durch die Sonderbehörde, die Sie schaffen, entsteht eine Doppelstruktur. Das wird zu einem Gerangel der Zuständigkeiten führen. Wir haben das

schon öfter ausgeführt. Wir werden es in Zukunft mit verschiedenen Ebenen zu tun haben, die miteinander konkurrieren: die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Regierungen als Kontrollinstanz. Es gibt die neue Sonderbehörde, das LGL und das Ministerium. Bei der Umsetzung dieser Strukturreform wünsche ich Ihnen schon jetzt viel Glück und gutes Gelingen.

Wir hätten andere Vorstellungen, die wir auch in die Haushaltsberatungen eingebracht haben, wie wir diese 70 Stellen neu einsetzen wollen. Wir wollen sie nämlich bei den Bezirksregierungen einsetzen; denn dort gibt es die von mir schon genannte Kontrollinstanz; dort gibt es bereits das Know-how. Darauf zielt unser Haushaltsantrag.

Außerdem wollen wir die Bezirksregierungen besser ausstatten. Wir wollen auch die Spezialeinheit beim LGL auf die Bezirke verteilen. Dann hätten wir die Möglichkeit, bei sieben Bezirksregierungen eine starke Kontrolleinheit zu installieren, die die Risikobetriebe wirklich und räumlich nah, effektiv kontrollieren könnte. Vorbild wären für uns die Gewerbeaufsichtsämter. Die kennen Sie alle. Sie arbeiten relativ geräuschlos, aber sehr effektiv. Diese Behörden könnten hier als Vorbild dienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Naturwissenschaftlerin bin ich es gewohnt, eine Situation erst einmal zu analysieren und dann daraus die Konsequenzen zu ziehen. Auf so ein Vorgehen warten wir bei der Staatsregierung leider vergebens. Noch immer warten wir auf eine Personalbedarfsanalyse der Staatsregierung. Man muss erst einmal wissen, wo das Personal fehlt, bevor man neues einsetzt. Aber das wird nicht gemacht. Stattdessen wird in blindem Aktionismus eine neue Behörde aus dem Boden gestampft, egal, ob das sinnvoll ist oder nicht. Wir fürchten, dass hier viel Geld nicht effektiv eingesetzt, sondern verbrannt wird.

Ich frage mich, ob es der neuen Behörde gelingen wird, dort vor Ort zu sein, wo es nottut. Ich stelle mir vor, die Behörde sitzt in Erding, muss aber zwischen Kempten und Bayerisch Eisenstein oder Grafenau die großen Betriebe kontrollieren. Ich kann mir

vorstellen, dass das Personal sehr viel Zeit auf der Straße und wenig Zeit in den Betrieben vor Ort verbringen wird.

Ich möchte noch das Beispiel der Schlachthöfe anführen. Für sie brauchen wir dringend eine bessere Kontrolle. Aber soweit wir wissen, können sich die kreisfreien Städte aussuchen, ob sie nun ihre Schlachthöfe selber kontrollieren wollen oder nicht, vermutlich, weil die Schlachthöfe so kontrollintensiv sind. Man sieht doch schon, dass Ihre neue Behörde bereits jetzt unterfinanziert oder nicht richtig organisiert ist. Wenn eine Stadt einen Schlachthof hat und die Kontrollen selbst vornehmen möchte, bräuchte sie dafür unbedingt ein eigenes Veterinäramt. Aber wir wissen, dass sehr viele kreisfreie Städte leider kein eigenes Veterinäramt besitzen. Deshalb wird diese Kontrolle auch in Zukunft, wenn sie in der Verantwortung der kreisfreien Städte liegt, nicht gut funktionieren.

Die Beispiele zeigen ganz deutlich, dass es so nicht zuverlässig funktioniert. Ich möchte hier nicht die Amtsveterinäre kritisieren. Wir haben bei dem erwähnten Beitrag der Presse festgestellt, dass die Amtsveterinäre oft nicht im gesamten Schlachthof anwesend sind und dann die Angaben, die sie weitergeben, leider nicht ordentlich verfolgt werden.

Die Mängel, die ich jetzt angesprochen habe, betreffen vor allem den Tierschutz. In der Bayerischen Verfassung steht: "Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet und geschützt." Dieser Satz muss uns Auftrag und Verpflichtung sein. Wer geht denn besser mit diesem Verfassungsgrundsatz um als die Tierheime? – Heute ist schon sehr viel Dank ausgesprochen worden. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den vielen Freiwilligen in den Tierheimen sehr bedanken. Sie sind ehrenamtlich und mit großem Engagement zum Wohl unserer Tiere tätig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es ein Skandal, dass die Staatsregierung diese Einrichtungen überhaupt nicht finanziell unterstützt. Alle Oppositionsfraktionen haben dazu Anträge eingereicht;

aber leider wird vermutlich keiner dieser Anträge von Ihnen berücksichtigt werden. Das würde gar nicht so viel kosten. Eine Internetkampagne, wie Sie sie in Gang gesetzt haben, Frau Ministerin, ist zwar schön und nett, wird aber auf keinen Fall ausreichen; denn die Tierheime brauchen nicht nur gute Worte und Internetkampagnen, sondern auch finanzielle Unterstützung.

Als letzten Punkt möchte ich die Ersatzmethoden für Tierversuche ansprechen. Wir haben einen Antrag eingereicht. Die Tierversuche werden leider immer mehr. Es müsste dringend eine Erforschung der Ersatzmethoden erfolgen. Da passiert in Bayern leider viel zu wenig. Andere Bundesländer sind hier viel weiter. Berlin zum Beispiel hat eine eigene Professur eingerichtet. Aber da sind wir in Bayern leider noch nicht so weit. In diesem Sinn haben Sie die Bayerische Verfassung nicht wirklich umgesetzt. Ein Tierschutzplan für Bayern ist überfällig. Er sollte sich auch im Haushalt widerspiegeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Scharf um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Vielen Dank. Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke meinen Vorrednern für ihre Ausführungen und schließe mich ausdrücklich den Dankesworten an. Das gilt genauso für den amtlichen Naturschutz wie für alle, die ehrenamtlich tätig sind, gerne auch für unsere Verbraucherverbände. Wir, die hier ehrenamtlich tätig sind, befinden uns übrigens alle in guter Gesellschaft, egal ob im Sport, im Sozialen, im Brauchtum oder in der Tradition. Auch im Naturschutz spielt das Ehrenamt eine ganz große Rolle, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir begegnen unseren Naturschutzehrenamtlichen mit einer hohen Anerkennungskultur, mit Auszeichnungen, mit Ehrungen und herzlichem Dank für das Engagement, das sie freiwillig einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Magerl, Sie sprechen von Selbstlob und Hochmut. Ich kann Ihnen nur zuzurufen: Wer den Mut zur Wahrheit und die Kraft zur Objektivität hat, wird feststellen, dass dieser Doppelhaushalt 2017/2018 ein hervorragendes Beispiel für höhere Haushaltskunst ist.

(Florian von Brunn (SPD): Das war fast schon poetisch!)

Wir schaffen zum zwölften und dreizehnten Mal in Folge einen Haushalt ohne Neuverschuldung. Wir setzen den Schuldenabbau fort und gehen mit Siebenmeilenstiefeln auf unser Epochenziel zu, nämlich bis 2030 schuldenfrei zu sein. Die Wetteraussichten sind hier deshalb ganz besonders gut, weil unser Ministerpräsident über den Länderfinanzausgleich umfangreiche Entlastungen verhandelt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, obendrein bringen wir die Kraft zur Zukunftsgestaltung auf, und zwar in einer Weise, wie Sie es nirgends sonst in Europa finden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 12 ist eine kraftvolle Agenda für den Umwelt- und Verbraucherschutz in den kommenden zwei Jahren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Er bringt 882 Millionen Euro bzw. 903 Millionen Euro für 2017 und 2018. Das bedeutet ein Plus von 1,7 % bzw. 2,3 % oder anders ausgedrückt ein Plus von 14 Millionen Euro bzw. 20 Millionen Euro, immer gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Wir haben in den kommenden zwei Jahren wieder eine Investitionsquote, die sich mancher als Wahlergebnis wünschen würde, nämlich zweimal über 30 %. Das sind die Topzahlen schlechthin. Man kann kurz zusammenfassen: Der Doppelhaushalt 2017/2018 und mit ihm der Einzelplan 12 ist der Gestaltungs- und Zukunftspakt in Zahlen ausgedrückt.

Meine Damen und Herren, wir setzen beim Einzelplan 12 vier große Ausrufezeichen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das erste Ausrufezeichen betrifft Sicherheit und Hochwasserschutz. Ich muss mich schon wundern über die Ausführungen von Vorrednern der Opposition insbesondere zu den Investitionen im Hochwasserschutz. Meine Damen und Herren, der Hochwasserschutz ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Er ist eine Aufgabe, die die Gesellschaft insgesamt stemmen muss. So wie die Menschen in Fischerdorf 2013 und in Simbach 2016 die Ärmel hochgekrempt haben, so müssen wir als Gesellschaft in Bayern zusammenhalten, wenn es um den Schutz von Leib, Leben und Eigentum geht. Unsere Solidarität im Zeichen der Sicherheit sieht folgendermaßen aus: Wenn man alle Mittel zusammennimmt, dann kommen wir auf einen Hochwasserschutz von jährlich 150 Millionen Euro. Jährlich. Ich betone das nochmal. Für die Menschen an der niederbayerischen Donau stellen wir dieses Mal wieder zusätzlich 35 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Der Hochwasserschutz zwischen Straubing und Vilshofen, den Sie immer mal kritisieren, Herr Kollege Aiwanger, hat bei uns höchste Priorität. Wir kommen hier sehr gut voran. Eine Aufaddierung der Investitionen seit 2001 ergibt insgesamt 300 Millionen Euro nur für den Bereich an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen.

Meine Damen und Herren, ich denke heute besonders an diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die Opfer der Hochwasserkatastrophe vom Juni dieses Jahres geworden sind. Ich denke, in der Weihnachtszeit sind die Erinnerungen dieser Menschen ganz besonders schmerzlich. Ich möchte, dass wir aus dem Parlament heraus die Gelegenheit dieser Debatte nutzen, um ein gemeinsames Zeichen zu setzen. Sagen wir den Betroffenen aus diesem Hohen Haus heraus, dass wir zwar keinen 100-prozentigen Schutz garantieren können, aber dass wir alles unternehmen werden, um den bestmöglichen Schutz im Bereich des Hochwassers umzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte an dieser Stelle all unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Wasserwirtschaft ganz herzlich danken. Sie arbeiten wirklich unter Hochdruck. Es sind ausgemachte Experten, die viele Konzepte berechnen können und vieles auf den Weg

bringen. Wir brauchen diese Experten. Ich darf noch die Zahlen ergänzen. Wir ergänzen den Hochwasserschutz um die Komponente Sturzfluten. Sie können das ruhig kritisieren. Für mich ist es ganz wichtig, dass wir hier zusätzliche Mittel in die Hand nehmen. Das sind insgesamt zwölf Millionen Euro und obendrein 30 zusätzliche Stellen für unsere Wasserwirtschaft, um Hochwasserschutz umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein zweites Ausrufezeichen in unserem Haushalt gilt der Sicherheit bei den Lebensmitteln. Gemeinsam mit unseren 71 Landräten, mit dem Bayerischen Städtetag und mit unseren Partnern in den Verbänden haben wir die bedeutendste Strukturreform auf den Weg gebracht, die das staatliche Veterinärwesen und die Lebensmittelüberwachung in Bayern je gesehen haben. Ich darf es in zwei Sätzen zusammenfassen: Zum einen erhalten wir das Bewährte, nämlich die Kontrollzuständigkeit der Landratsämter für die kleinen Betriebe. Zum anderen schaffen wir eine starke neue Kontrollbehörde für Nord- und für Südbayern. Sie wird für die Kontrollen aller komplexen Betriebe zuständig sein. Unser Ziel ist ganz eindeutig: Wir wollen ein menschenmögliches Maximum an Lebensmittelsicherheit in unserem Land herstellen. Ich sage an dieser Stelle auch Folgendes, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unser LGL liefert jedes Jahr einen Bericht ab, in dem Sie lesen können, dass über 99 % unserer Lebensmittel sicher sind. Auch das gehört dazu. Die Lebensmittel in Bayern sind gut und sicher.

(Beifall bei der CSU)

Wir verstärken mit unserer neuen Reform die Kontrollen noch weiter. Konkret in Zahlen ausgedrückt stellen wir 2017 1,5 Millionen Euro und 2018 600.000 Euro für den Ausbau und den Betrieb der neuen Behörde bereit. Wir schaffen zusätzlich 70 neue Stellen und, Frau Kollegin Steinberger, 20 weitere Stellen, die vom LGL hinzukommen, also insgesamt 90 Stellen. Insgesamt liegt der Ansatz für diese neue Kontrollbehörde im Doppelhaushalt bei 3,2 Millionen Euro bzw. 5,4 Millionen Euro. Hinzu kommen 2 Millionen Euro für das LGL, die dazu dienen, die Etablierung neuer Untersuchungsmethoden weiterzuentwickeln. Damit ist es aber nicht genug. Die Le-

bensmittelsicherheit weiß-blau hat ein exzellentes Grundlagenniveau. Wir bekennen uns seit Jahren zu den umfassenden Aufgaben, bei denen wir erneut fast durchgängig die Gelder erhöhen können. Ich möchte hier beispielhaft den Titel für den gesundheitlichen Verbraucherschutz nennen: 35 % mehr als im Jahr 2016, 3,5 Millionen Euro pro Jahr, meine Damen und Herren.

Ich nenne zweitens noch ein paar Zahlen. Unser Ansatz für das LGL beträgt 66,7 Millionen Euro und 67,4 Millionen Euro. Das ist ein ganz dickes Plus gegenüber dem Haushalt 2016 und vor allen Dingen ein dickes Plus an wissenschaftlicher Erkenntnis, die wir umsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Auch der Großteil unseres Geldes für die Hochbaumaßnahmen fließt in das LGL. Fünf Millionen Euro bzw. sechs Millionen Euro stehen für die Jahre 2017 und 2018 bereit. Davon finanzieren wir unter anderem einen Ersatzneubau für Erlangen, einen Ersatzneubau für Würzburg und die Sanierung einer Halle in München. Übrigens erhöhen wir auch die Mittel für den Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen, und zwar immer mit dem klaren Ziel: Wir wollen den mündigen Verbraucher und unterstützen dort, wo der Verbraucher Hilfe braucht. Dafür geht der Dank an Verbraucherzentrale und Verbraucherservice in Bayern. Wir finanzieren zusätzlich die Lohnsteigerungen, die Mieterhöhungen und die Ausstattungskosten der Verbraucherverbände. Das alles ist eine Verantwortungsagenda im Dienste unserer Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen und Herren, unser drittes Ausrufezeichen ist die Daseinsvorsorge. Es gibt eine Handvoll Parameter, die Aufschluss geben über die Qualität und das Leistungsvermögen der Daseinsvorsorge in unserem Land. Einer dieser Parameter ist der Zustand der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung. Wir haben die Mittel für die Förderung von Trink- und Abwasseranlagen mit knapp 81 Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018 auf einem hohen Niveau gehalten. In den nächsten Jahren werden die bewilligten Projekte noch abfinanziert, und dann können wir davon ausge-

hen, dass die Erstausrüstung mit Trink- und Abwasseranlagen weitestgehend abgeschlossen ist. Das heißt umgerechnet, 99 % unserer Bevölkerung sind an die öffentliche Wasserversorgung und 97 % der Bevölkerung an Kläranlagen angeschlossen.

Der Freistaat hat die Kommunen auf diesem Weg zur Erstausrüstung mit über 12 Milliarden Euro begleitet und unterstützt, und unsere Kommunen besitzen heute Anlagen mit einem Wiederbeschaffungswert von rund 75 Milliarden Euro. Anders ausgedrückt: Wir haben ein öffentliches Kanalsystem, das mit rund 100.000 km zweimal um die Erde reicht. Die Aufgabe der Zukunft lautet jetzt, dass wir die Anlagen erhalten. Das wird unsere große Herausforderung sein. Die Kanäle und Wasserleitungen müssen dicht sein. Die Trinkwassergewinnungsanlagen und die Kläranlagen müssen auf dem Stand der Technik sein. Die Kommunen kommen dieser Aufgabe wirklich verantwortungsbewusst und klug nach, klug im Sinne von Gebühren und von Ausbau und vor allem auch im Sinne des Anlagenerhalts. Sie wissen, dass wir auch eine Härtefallregelung beschlossen haben. Wenn eine Kommune unter die Härtefallregelung fällt, helfen wir. Die Mittel dafür stehen zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweiter Parameter moderner Daseinsvorsorge ist unsere Anstrengung für funktionierende Abfallwirtschaft, für Bodenschutz, aber auch für Altlastenbeseitigung. Hinter diesem Kapitel steckt beispielsweise die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern – GAB. Das ist eine unserer Erfolgsgeschichten, wenn es um die Sanierung von industriellen Altlasten oder die Stilllegung von Hausmülldeponien geht.

Einen vierten Punkt möchte ich anfügen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich den Erhalt der Naturheimat. Es gibt in Bayern und in anderen erfolgreichen Ländern eine Definition von Wohlstand, die weit über das bloße Geldverdienen hinausreicht. Sie bemisst sich nach der Fähigkeit einer Gesellschaft, Schöpfung und Naturheimat dauerhaft zu sichern. Ich erkenne hier zwei Entwicklungslinien, und zwar zum einen die wirtschaftspolitische Diskussion. Viele Unternehmer, mit denen ich rede – ich bin sehr viel

unterwegs –, sagen mir, dass Umweltschutz kein Wachstumskiller, sondern genau das Gegenteil ist, nämlich ein Wachstumstreiber. Er ist sogar selbst zum Geschäftsmodell geworden. In der Umweltwirtschaft sind nämlich 100.000 Menschen beschäftigt, und das Umsatzvolumen beträgt rund 23 Milliarden Euro. Liebe Kollegin Aigner, das ist der Shootingstar in der bayerischen Wirtschaft. In der Umwelt- und Klimatechnologie ist wirklich Musik.

(Beifall bei der CSU)

Als zweite Linie erkenne ich die gesellschaftspolitische Diskussion. Wir haben das heute schon einmal gehört. Wir haben über alle Schichten hinweg ein klares Bekenntnis zur Natur.

(Florian von Brunn (SPD): Nur bei der CSU-Fraktion nicht so ganz!)

Lieber Otto Hünnerkopf, du hast es ausgeführt. Fast 100 % sind laut der letzten BR-Bayernstudie davon überzeugt, dass sie Landschaft und Natur als ihren Wohlfühlfaktor Nummer 1 empfinden. Ich meine, deutlicher kann man einen Auftrag der Wähler für die Politik überhaupt nicht formulieren. Das ist ein klarer Auftrag zum Schutz unserer Naturheimat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Als Staatsregierung nehmen wir diesen Auftrag sehr ernst. Wir nehmen ihn an und übersetzen ihn in den Einzelplan 12. Wir erhöhen die Fachmittel für den Naturschutz und für die Landschaftspflege gegenüber 2016 um 9 Millionen Euro für 2017 und um 8,5 Millionen Euro für 2018. Wir bauen damit den Vertragsnaturschutz weiter aus – ein absolutes Erfolgsprogramm, bei dem ich mir wünsche, dass wir noch viele Landwirte auf diesem gemeinsamen Weg unter Vertrag bringen. Wir unterstützen unsere Landschaftspflegeverbände und unsere Naturparkvereine und treiben das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 mit Kraft voran. Allein dafür stehen 3,5 Millionen Euro im Doppelhaushalt.

Das Beste ist im Haushalt überhaupt noch nicht enthalten, nämlich unsere Pläne für einen dritten Nationalpark in Bayern. Ich habe Gespräche geführt, habe noch weitere Termine und bin sehr positiv beeindruckt. Ein dritter Nationalpark – so stellen das die Gesprächspartner, in diesem Fall verantwortliche Politiker, fest – bietet eine wunderbare Möglichkeit in jeglicher Hinsicht, natürlich an erster Stelle bezüglich des Naturschutzes.

(Florian von Brunn (SPD): Ohne Geld dafür!)

Ein dritter Nationalpark wird kein Akt der Zwangsbeglückung, sondern das Ergebnis eines Dialogprozesses sein, den wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den verantwortlichen Politikern vor Ort führen und bei dem wir eine gemeinsame Lösung finden werden.

(Florian von Brunn (SPD): Warum stehen dann dafür keine Haushaltsmittel bereit?)

Ich bekenne mich ganz klar zu dieser Vision. Ein dritter Nationalpark in einem Land wie Bayern ist für mich der vollkommenste Ausdruck für die Symbiose von Ökologie und Ökonomie.

(Zuruf von den GRÜNEN: Steigerwald!)

Ich denke, hier kommen Politik und Bürger zusammen, um gemeinsam etwas Neues zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen zu dieser späten Stunde für Ihre Aufmerksamkeit. Ich sage mit Ihnen heute Ja zu Bayern.

(Florian von Brunn (SPD): Die Umfragen geben ihr recht!)

Alle, die bei diesem Doppelhaushalt mitstimmen, stimmen für die Zukunftskraft und die Verantwortungsbereitschaft, die sich im Einzelplan 12, aber auch im Gesamthaushalt findet.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege von Brunn. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin, wir haben heute aus Ihrem Mund und von den Kolleginnen und Kollegen von der CSU viel Lob zu Ihrem Haushalt gehört. Ich will das einmal ein bisschen einordnen. 1,5 % des Gesamtetats – angesichts der Probleme und Anforderungen, die wir haben! Vergleichen wir es einmal mit dem Straßenbau. Da geben Ihre Minister Dobrindt und Herrmann 1,4 Milliarden Euro aus Bundes- und Landesmitteln aus. Also hat der ganze Umweltbereich 50 % weniger als der Straßenbau.

(Zurufe von der CSU)

– Hören Sie einfach zu! Dann können Sie noch etwas lernen.

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir brauchen deutlich mehr Mittel für den Klimaschutz und für die Bekämpfung des Artensterbens. Das sind nicht nur Haushaltsfragen, das sind Überlebensfragen. Wir brauchen im Hochwasserschutz nicht immer nur mehr Beton, sondern auch mehr Personal. Sie schaffen jetzt 30 neue Stellen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

haben aber seit Beginn des Kahlschlagprogramms von Edmund Stoiber schon über 600 Stellen abgebaut, und es werden noch mehr. So werden Sie den neuen Gefahren wie Sturzfluten nicht gerecht.

Beim Verbraucherschutz haben Sie von 70 neuen Stellen gesprochen. Derzeit fehlen 10 % der Planstellen, und in den nächsten zehn Jahren gehen 30 % Ihrer Lebensmittelkontrolleure in den Ruhestand. Wie wollen Sie mit diesem Personal die Lebensmit-

telskandale und alle neuen Aufgaben bewältigen? Das müssen Sie uns erklären. Es fehlt einfach der Mut zu einer durchgreifenden Reform.

Ein letzter Satz. Leider, Frau Scharf, haben Sie Ihre Versprechungen zum Riedberger Horn nicht halten können. Das Kabinett ist für das Projekt eingetreten. Da möchte ich gern zum Schluss noch ein Zitat bringen, das Dieter Wieland bei der Verleihung der Verfassungsmedaille gebracht hat. Ihr späterer Ministerpräsident Alfons Goppel hat 1960 gesagt – das sollte sich die CSU-Fraktion einmal genau anhören –: "Man darf künftig nichts mehr hinopfern, einfach um des Profits willen." Das sollten Sie bitte ins Kabinett mitnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Kollege von Brunn, Mathematik war in der Schule wohl nicht Ihr stärkstes Fach. Sie haben Zwetschgen mit Birnen verglichen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Von den Punkten, die Sie aufgeführt haben, habe ich sehr viele erwähnt, und wir können es auch gerne noch einmal darlegen. Wenn Sie von einer Reform sprechen, die nicht kraftvoll sei, lache ich mich kaputt. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine Verwaltung, die unsere Lebensmittel bayernweit kontrollieren wird, mit einer neuen Behörde. Und den Hochwasserschutz anzukreiden, finde ich fast schäbig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Es ist schäbig! – Florian von Brunn (SPD): Sie betreiben weiter Personalabbau!)

– Lieber Herr von Brunn, dann geben Sie sich doch auch Mühe und unterstützen Sie uns, damit wir beim Hochwasserschutz weiter vorankommen. Hören Sie auf, nur von Beton zu reden. Wir haben in ganz Bayern Hunderte von Maßnahmen im natürlichen

Hochwasserschutz auf den Weg gebracht, die größtenteils schon umgesetzt sind. Wir haben im Hochwasserschutz ein ganz klares Programm: technischer Hochwasserschutz, natürlicher Hochwasserschutz und Vorsorge.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Beim natürlichen Hochwasserschutz hinken Sie hinterher! – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Vielleicht schauen Sie sich einfach unsere Programme ein bisschen genauer an. Dann müssten Sie nicht so daherreden. Dasselbe gilt für den Klimaschutz, lieber Herr Kollege. Es gibt das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 mit 170 Millionen Euro im Doppelhaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD) – Weitere Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte heute nicht mehr!

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Wir haben eine Strategie, die bereits seit 2008 aufgesetzt ist, und wir haben seit 2008 bisher 1 Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert. Ich sage Ihnen eines: Schauen Sie sich die drei starken Säulen unseres Klimaschutzprogramms an. 50 Moore werden bis 2020 renaturiert.

(Florian von Brunn (SPD): Zu wenig!)

Moorschutz ist in diesem Haushalt enthalten. Sprechen Sie also nicht über Dinge, die Sie nicht genau gelesen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

Wenn ich jetzt noch für ein paar Minuten das Wort haben dürfte, wäre ich allen sehr dankbar. – Wir haben also keine Wortmeldungen mehr. Damit ist die Debatte beendet.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13948 und 17/13949, 17/13776 mit 17/13787, 17/13725 mit 17/13737 und 17/13950 mit 17/13964 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14624 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über die drei Änderungsanträge der SPD-Fraktion in namentlicher Form abstimmen.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 17/13782 betreffend "Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks". Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung.

Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 22.12 bis 22.17 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Wir geben das Ergebnis nachher bekannt.

Ich lasse jetzt weiterhin namentlich abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/13785 betreffend "Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime".

(Unruhe)

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt hier ebenfalls die Ablehnung. Die Urnen stehen wiederum bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 22.18 bis 22.21 Uhr)

Drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann bekannt gegeben.

Nun folgt noch die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD betreffend die Schaffung 100 neuer Stellen an Wasserwirtschaftsämtern auf Drucksache 17/13786.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt erneut die Ablehnung. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 22.21 bis 22.24 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir weiter abstimmen können.

(Unruhe)

– Ich bitte, die Plätze einzunehmen. – Ich lasse nun in einfacher Form, wie von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragt, über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/13952 betreffend "Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege" abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der FREIEN WÄHLER ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt bitte ich um eine kurze Unterbrechung, bis die Ergebnisse der drei namentlichen Abstimmungen vorliegen, damit wir die Schlussabstimmung vornehmen können. – Ich gebe die Ergebnisse der drei namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst das Ergebnis der Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13782 betreffend "Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks". Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 80. Es gab 9 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13785: Hier ging es um Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime. Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 79. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

Dann das Ergebnis der dritten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13786. Hier ging es um die Schaffung hundert neuer Stellen an Wasserwirtschaftsämtern. Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 80. Es gab 21 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14624 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit darüber nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 17)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenhaltungen? – Auch keine.

Ich darf unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen darauf hinweisen, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13948 und 17/13949 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 12 abgeschlossen. Frau Staatsministerin, der Haushalt ist beschlossen. Gratulation! Die Arbeit kann weitergehen. Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur Sie sind froh, sondern auch ich bin froh. Ich danke Ihnen allen sehr herzlich und schließe die Sitzung für heute. Morgen früh um 9 Uhr treffen wir uns wieder.

(Schluss: 22.31 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güll, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks (Kap. 12 04 Tit. 893 72) (Drs. 17/13782)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike			X
				Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete				Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes			
				Hölzl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp				Huber Erwin		X	
				Dr. Huber Marcel			
Eck Gerhard				Dr. Huber Martin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Dr. Förster Linus				Kamm Christine			X
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus			X	Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	40	80	9

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime (Kap. 12 08 neue TG) (Drs. 17/13785)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Gülller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	47	79	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämter durch die Schaffung 100 neuer Stellen (Kap. 12 77 Tit. 422 01) (Drs. 17/13786)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert			X	Glauber Thorsten			X
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike			X
				Gottstein Eva			X
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete				Häusler Johann			X
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes			
				Hölzl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp				Huber Erwin		X	
				Dr. Huber Marcel			
Eck Gerhard				Dr. Huber Martin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther			X	Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Dr. Förster Linus				Kamm Christine			X
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus			X	Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas			X	Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	27	80	21

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Freiwilliges ökologisches Jahr in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/13725
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 17/13726
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für sonstige Umweltbildungsmaßnahmen
(Kap. 12 02 Tit. 686 74)
Drs. 17/13727
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13728
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13729
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13730
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für den Ausgleich von Biberschäden
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/13731
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landschaftspflegeprogramm
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/13732
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Geoparks
(Kap. 12 04 TG 71 – 72 neuer Tit.)
Drs. 17/13733

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Landkreise für umweltfreundliches Unkrautmanagement (Kap. 12 04 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 17/13734
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss für Planung und Errichtung eines Neubaus für die Auffangstation für Reptilien (Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13735
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Illegale Tiertransporte und Animal Hoarding Härtefallbudget für Kommunen (Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13736
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen (Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13737
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 17/13776
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verstärkung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13777
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts-, Telekommunikations- und Finanzsektor (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13778
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen der Landschaftspflege (Kap. 12 04 Tit. 547 72 und 883 72)
Drs. 17/13779
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Mittel für das Vertragsnaturschutzprogramm, Schwerpunktförderung Grünlandwirtschaft Moore, Schnittzeitpunkte und Wald (Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/13780
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittelbereitstellung für eine Potenzial- und Machbarkeitsstudie für einen dritten Nationalpark in Bayern (Kap. 12 04 TG 71 – 72)
Drs. 17/13781
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks (Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/13782
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Pilotprojekt zur Förderung des Katzenschutzes (Kap. 12 08 TG 60 neuer Tit.)
Drs. 17/13783

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Nothilfefonds für außergewöhnliche Ereignisse (Kap. 12 08 neuer Tit.) Drs. 17/13784
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime (Kap. 12 08 neue TG) Drs. 17/13785
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämtner durch die Schaffung 100 neuer Stellen (Kap. 12 77 Tit. 422 01) Drs. 17/13786
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Streichung der Befristung von 150 Stellen an Wasserwirtschaftsämtnern (Kap. 12 77 Tit. 422 01, 428 70, 428 90, 428 91, 428 92) Drs. 17/13787
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschuss an die Selb 2023 gGmbH: Finanzierung aus dem Etat der Staatskanzlei (Kap. 12 02 Tit. 683 01 und Kap. 02 03 neuer Tit.) Drs. 17/13950
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern (Kap. 12 02 Tit. 684 01) Drs. 17/13951
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 12 04 Tit. 883 72) Drs. 17/13952
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschuss zum Betrieb der Reptilienauffangstation (Kap. 12 08 Tit. 683 02) Drs. 17/13953
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschuss zum Betrieb des Raubtier- und Exotenasyls in Ansbach (Kap. 12 08 neuer Tit.) Drs. 17/13954
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Wasserwirtschaftliche Forschung und Entwicklung – Vergabe von Ingenieurleistungen u.ä. (Kap. 12 09 Tit. 534 76) Drs. 17/13955
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Rote Listen aktualisieren! (Kap. 12 09 Tit. 547 08) Drs. 17/13956
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz (Kap. 12 13 Tit. 125 01) Drs. 17/13957

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 17/13958
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lebensmittelaufsicht an den Regierungen zusammenfassen
(Kap. 12 23 Tit. 111 01 und 422 01,
Kap. 12 24 Tit. 111 01, 112 01, 119 01,
422 01, 422 31, 422 41, 428 01, 428 11,
428 21, 428 41, 453 01, 511 01, 514 01,
514 11, 514 21, 517 01, 517 05, 518 01,
518 11, 518 18, 525 01, 527 01, 546 49,
811 01, 812 01, 812 03 u. 812 35,
Kap. 12 30 Tit. 422 01,
Kap. 03 15 Tit. 422 01 u.a.)
Drs. 17/13959
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Notfallfonds für tierschutzrelevante Großlagen
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13960
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Investitionszuschuss für Tierheime
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13961
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an Tierheime für Fundtiere und beschlagnahmte Tiere
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13962
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sicherung der Wasserversorgung und Schutz des Grundwassers
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/13963
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13964